

## **Beschluss: Deutschlands historischer Verantwortung für Israel gerecht werden – verstärkter Einsatz für Sicherheit im Nahen Osten und eine dauerhafte Friedensordnung**

Israel und Deutschland sind in enger Freundschaft verbunden. Diese Freundschaft und das Vertrauen zwischen beiden Staaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern sind heute ein historischer Glücksfall, der nach dem Zivilisationsbruch der Shoah kaum mehr möglich erschien. Deutschland hat deshalb jetzt und in Zukunft eine besondere Verantwortung: Die Sicherheit und das Existenzrecht Israels sind für uns deutsche Staatsräson, der Schutz Israels als jüdischer und demokratischer Staat ist und bleibt für uns Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland die Vertiefung der engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel vorantreibt und die gemeinsame zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit weiter ausbaut.

1) Die terroristischen Raketenangriffe von Hamas und Palästinensischem Islamischen Dschihad (PID) auf Israel erschüttern uns. Wir Freie Demokraten stehen in Solidarität an der Seite unserer israelischen Freundinnen und Freunde. Wir verurteilen jede Art des Angriffs auf die israelische Zivilbevölkerung auf das Schärfste und fordern ein sofortiges Ende des Raketenbeschusses. Für uns steht fest, dass Israel von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen kann und darf, wenn Raketen in Wohnhäusern einschlagen und die Sicherheit der eigenen Bevölkerung in Gefahr ist.

- Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den europäischen Partnern und den USA umgehend diplomatisch aktiv zu werden, um ein Ende der Angriffe auf Israel zu erreichen.

2) Die jüngste gewaltsame Eskalation in der Region führt uns aber auch erneut vor Augen, dass die Sicherheit Israels als einziger Demokratie im Nahen Osten nahezu untrennbar mit der Stabilität und dem Frieden in der Region insgesamt verbunden ist. Die diplomatischen Bemühungen um Lösungen im israelisch-palästinensischen Konflikt konnten in den letzten Jahren keine relevanten Erfolge mehr erzielen.

- Wir Freie Demokraten treten weiterhin mit Nachdruck für eine verhandelte Zweistaatenlösung, zu der sich die Konfliktparteien im Abkommen von Oslo 1993 bekannt haben, als dem bislang einzigen Weg ein, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des demokratischen Staates Israels zu garantieren und andererseits die Schaffung eines lebensfähigen Staates Palästina zu ermöglichen.

3) Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten der Region im vergangenen Jahr war ein historischer Schritt und Beleg dafür, dass auch nach Jahrzehnten von Feindschaft und Entfremdung die Tür für Diplomatie und Zusammenarbeit geöffnet werden kann. Dieser Fortschritt darf durch die aktuellen Spannungen nicht gefährdet werden. Im Gegenteil sollte die EU gemeinsam mit Israel

und den arabischen Staaten nach weiteren Möglichkeiten der Kooperation suchen wie etwa in der Wirtschaft, der Terrorismusbekämpfung, dem Tourismus oder der Wissenschaft und auch so einen weiteren Beitrag für Frieden und Stabilität in der Region leisten.

- Wir Freie Demokraten fordern die Bundesregierung deshalb auf, gemeinsam mit EU und USA im engen Austausch mit den relevanten Akteuren in der Region wie Saudi-Arabien, Jordanien und Ägypten für neue Perspektiven im Verhältnis von Israel zu weiteren arabischen Ländern zu werben.

4) Die Palästinensische Autonomiebehörde muss sich klar gegen den Terror von Hamas und PID positionieren. Nur eine friedliche Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts wird dauerhaft Stabilität und Sicherheit für die Palästinenser garantieren. Diplomatische Bemühungen der palästinensischen Führung, eine einseitige Anerkennung der Staatlichkeit Palästinas zu erreichen, stellen hierfür ein erhebliches Hindernis dar und gefährden die Chance auf eine Zweistaatenlösung.

- Wir Freie Demokraten erwarten, dass die palästinensische Führung auf jede Form von Gewalt verzichtet, aktiv und konstruktiv mit eigenen Initiativen zu einer Wiederbelebung der Verhandlungen zur Lösung des Konflikts beiträgt und sich diplomatischen Gesprächen nicht verweigert.

5) Die erneute Verschiebung der Parlamentswahlen und das Erstarken der Hamas sind ungünstige Entwicklungen auf palästinensischer Seite. Die palästinensische Autonomiebehörde muss ihre demokratische Legitimität wiederherstellen, da der Verweis auf die Wahlen von 2006 hierfür schon lange nicht mehr ausreichend ist. Zudem erwarten wir endlich ehrliche Anstrengungen zur Förderung der politischen Bildung der Jugend in Sinne des Friedens. Die Führung der Fatah muss der Radikalisierung in den eigenen Reihen entschieden entgegenreten.

- Wir Freie Demokraten erwarten von der Bundesregierung, dass sich Deutschland gemeinsam mit den europäischen Partnern mit Nachdruck gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde dafür einsetzt, dass die seit 2010 immer wieder verschobenen Wahlen alsbald nachgeholt werden.

6) Die fortgesetzten Hassbotschaften des iranischen obersten Führers Ayatollah Chamenei gegenüber Israel sind mit Nachdruck zu verurteilen und abzulehnen. Deutschland muss sich gegenüber der iranischen Führung dafür einsetzen, dass die aggressive und destruktive Regionalpolitik des Landes, der mit ihm engverbundenen Hisbollah und PID beendet wird. Darüber hinaus ist es für eine Wiederbelebung des Nuklearabkommens mit dem Iran zwingend notwendig, dass das Land zur vollständigen Einhaltung seiner Verpflichtungen zurückkehrt.

- Wir Freie Demokraten wollen, dass im Rahmen von internationalen Verhandlungen verbindliche Zusagen des Iran über Begrenzungen und Kontrolle für das vom Nuklearabkommen bisher nicht umfasste iranische Raketenprogramm, das Israel direkt

bedroht, die Auslaufristen des Nuklearabkommens sowie eine Einstellung der Unterstützung von sogenannten Proxy-Organisationen wie Hisbollah und PID erreicht werden.

7) Jüdisches Leben in Deutschland und Europa ist für uns integraler Teil unserer Gesellschaft und eine Bereicherung. Politik und Sicherheitsbehörden müssen die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst nehmen und sich ihr entschieden entgegenstellen. Es darf keine Toleranz gegenüber irgendeiner Form des Antisemitismus geben. Jüdische Einrichtungen müssen durch staatliche Maßnahmen wirksam geschützt werden. Dabei muss auf die Sicherheitsbedenken der Gemeinden eingegangen werden. In Polizei und Justiz braucht es Ansprechpartner, um antisemitisch motivierte Gefahren und Taten aufzuarbeiten. In der Schule braucht es Lehrer und Lernmaterialien, um Alltags-Antisemitismus zu entlarven und um antisemitischen Vorurteilen und Hass vorzubeugen. Dabei sollte die Definition des Antisemitismus der Internationalen Holocaust Remembrance Alliance Orientierungspunkt sein.

- Wir Freie Demokraten fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus und einen wirksamen Schutz von Synagogen und anderen jüdischen Einrichtungen. Wir wollen, dass Deutschland der Bekämpfung von Antisemitismus mehr Aufmerksamkeit widmet und diese Form der Menschenverachtung mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates entgegentritt.